



LOKALE BEILAGE FÜR MARZAHN-HELLERSDORF



Seite 2



Seite 4



Seite 6



Aus Merz' striktem Wahlkampf-Versprechen, dass am 1. Tag seiner Amtszeit ausnahmslos alle Versuche illegalen Grenzübertretts – auch von Schutzsuchenden – zurückgewiesen werden, ist nichts geworden: in einem Monat gab es 8.000 neue Asylanträge, aber nur Zurückweisungen in der Größe von 2% dieser Zahl – der Effekt dieser ‚Maßnahmen‘ ist also komplett zu vernachlässigen.

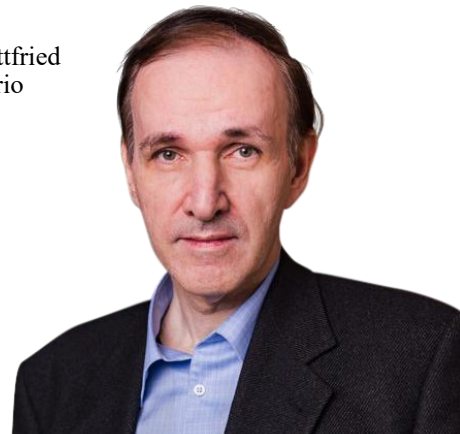
Ähnlich sieht es bei der Neuregelung des Familiennachzugs für sog. subsidiär Schutzberechtigte aus: dies sind zumeist Syrer, die wegen des einstigen Bürgerkriegs unter dem Assad-Regime aufgenommen wurden. Noch im vorigen Sommer – also vor dem Sturz des Regimes – entschied das Oberverwaltungsgericht Münster *gegen* einen hiesigen Syrer, der selber gegen die Ablehnung seines diesbezüglichen Asylgesuchs geklagt hatte. Begründung des Gerichts: eine bürgerkriegsbedingte Verfolgungs- oder Gefährdungssituation sei nicht mehr gegeben; erst recht ist dies so, nachdem Assad inzwischen Geschichte ist. Doch was macht die Bundesregierung? Ihre ganze Reaktion erschöpft sich darin, den – ohnehin freiwillig zugestandenen – Familiennachzug zu solchen subsidiär Schutzberechtigten zeitweilig auszusetzen. Doch da man sich mit der SPD eigentlich nicht einigen konnte, gilt dies nun nur noch für die erste Hälfte der laufenden Legislaturperiode – weitere Zugeständnisse konnte die Union der SPD nicht abtrotzen. Selbstverständlich wäre es eigentlich nötig, alle syrischen Schutztitel aufzuheben und eine groß angelegte Rückführung zu beginnen,

ebenso alle per Zeitablauf zuwachsenden Aufenthaltrechte und Staatsbürgerschaftsansprüche auf Eis zu legen. All dies beantrage ich für unsere AfD-Fraktion in einem laufenden Antrag.

Und auch auf dem Gebiet der Staatsbürgerschaft liefert die Union alles andere als eine Politikwende. Zuletzt hatte die Ampel die Regelfrist bis zu einem Einbürgerungsanspruch von 8 auf 5 Jahre verkürzt (in Sonderfällen von 5 auf 3) – die sog. Turbo-Einbürgerung; zudem wurde eine regelhafte Akzeptanz des Doppelpasses eingeführt. Dazu muss man wissen: früher gab es für Migranten keinen Anspruch auf Einbürgerung – Deutschland als aufnehmender Staat urteilte nach Ermessen (Mindestfrist: 10 Jahre); ebenso wenig kannte das Staatsbürgerschaftsrecht eine Einbürgerung nur aufgrund des Geburtsorts Deutschland – stattdessen musste ein Elternteil Deutscher sein. Nichts von all diesen Fehlentwicklungen wird nun rückabgewickelt; nur symbolischerweise gibt es die ‚Schnellläuferklasse‘ von 3 Jahren (in Sonderfällen) nicht mehr – alle verkürzten Ansprüche, inklusive Doppelpass, hingegen: bleiben. Die SPD schafft sich rapide ihr neues Wahlvolk – mit Integration und irgendeinem ‚Angewohnensein‘ in Deutschland samt Bekenntnis und Loyalität zur neuen Heimat hat das natürlich alles nichts mehr zu tun. Die eigentlich nötige Reform des Einbürgerungsrechts habe ich für die AfD beantragt und im Plenum des Deutschen Bundestages bereits vorgestellt.

Produktive Politik ist diese Koalition nicht in der Lage zu machen. Das einzige, was diese Parteien im Parlament hervorbringen, ist eine fortgesetzte Sabotage der der AfD zugewachsenen Ansprüche: nach wie vor wird uns ein Bundestagsvizepräsident verwehrt sowie außerdem 6 Ausschussvorsitze; und dass man der zweitstärksten Fraktion zudem den zweitgrößten Raum vorenthalten und diese vielmehr in die Besenkammer der Ex-FDP-Fraktion sperren will, spottet jeder Beschreibung – es ist nur noch schäbig. Wir als AfD-Bundestagsfraktion werden aber des ungeachtet, trotz all dieser Schikanen unserer parlamentarischen Arbeit, unverwandelt fortfahren, uns weiter für eine bessere Politik für unser Land und seine Bürger einzusetzen. Die Wähler haben darauf einen Anspruch!

Ihr
Gottfried
Curio





Unsere direkt gewählte Abgeordnete:

Jeannette Auricht

JEDEN TAG GEWALT: UND DER STAAT SCHAUT WEG



Statt zu handeln, wird vertuscht. Statt ehrlich zu benennen, werden Fakten verzerrt. Statt Recht durchzusetzen, wird relativiert.

Und so stellt sich die zentrale Frage: Wem dient dieser Staat eigentlich noch? Den eigenen Bürgern – oder einem ideologischen Weltbild, das längst an der Realität zerschellt ist?

Jeannette Auricht

Jeden. Einzelnen. Tag.

Messerangriffe, Gruppenvergewaltigungen, sexuelle Übergriffe – auf unseren Straßen, in Freibädern, Parks, Bussen, Bahnen.

So sehr die Öffentlichkeit auch schockiert ist, dürfen wir nicht übersehen: Der politische Wille, diese Straftaten zu verhindern, zu verfolgen und zu vereiteln ist nicht zu erkennen.

Die Zahlen steigen, die Täter sind bekannt – und nichts passiert.

Statt Schutz für die eigenen Bürger herrscht Schweigen, Vertuschen, Wegducken.

Schon in der Silvesternacht 2015 in Köln versuchte man die Ereignisse zu vertuschen, auch werden die „Vornamen“ der Messer-Täter von Berlin, wie ein heiliges Staatsgeheimnis behütet. Und allgemein werden Namen und Herkunft von Tätern immer nur in ganz bestimmten Fällen konsequent verschwiegen.

Beispiel Gelnhausen:

Vier Männer aus Syrien – zwischen 18 und 28 Jahre alt – belästigen acht

Mädchen im Alter von nur 11 bis 16 Jahren in einem Freibad. Die Reaktion des CDU-Bürgermeisters? Nicht etwa klare Verurteilung, nicht etwa Forderung nach Konsequenzen. Nein – er verharmlost die Tat mit dem Hinweis auf die hohen Temperaturen.

Was bitte ist das für ein Signal?

An die Täter: „Keine Sorge, euch passiert nichts.“

An die Opfer: „Stellt euch nicht so an.“

Diese Haltung ist ein Schlag ins Gesicht aller anständigen Bürger – und eine stille Einladung an Wiederholungstäter.

Während sich junge Mädchen und Frauen in unserem Land nicht mehr sicher fühlen können, fürchten sich nur noch die politischen Verantwortlichen selbst – davor, dass ihre gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik endlich als das erkannt wird, was sie ist: Ein sicherheitspolitisches Desaster.

Mit Täuschungskampagnen gegen Straftaten:

Das ist vorsätzliche Irreführung, gezielt gegen unsere Kinder gerichtet. Diese dreiste Lüge ist durch nichts zu rechtfertigen. Für wie dumm halten Sie uns?

STOPP! Frau Lara Grewe: Beenden Sie sofort Ihre Arbeit in der Jugendpflege Büren und erstatten Sie die missbräuchlich eingesetzten Steuergelder!



Ein Einzelfall? Wohl kaum. Wir erinnern uns gut an das U-Bahn-Video, das vor Taschenräubern warnen sollte – aber aus „politischer Rücksicht“ plötzlich nur blonde Täter zeigte.



Gedenktag gegen „antimuslimischen Rassismus“ – der Gipfel politischer Realitätsverweigerung

Alle wollen ihn. SPD, Grüne, Linke – und jetzt auch noch die CDU. Ein Gedenktag gegen sogenannten „antimuslimischen Rassismus“. Nur über das Datum wird noch gestritten. Als wären die Anträge von Rot-Rot-Grün nicht schon weltfremd genug, **reicht sich nun auch die CDU in diese ideologisch motivierte Symbolpolitik ein** – aus Angst vor medialem Gegenwind und im üblichen Bemühen, politisch anschlussfähig zu bleiben. Ein Gedenktag, der schon **an der mangelhaften Definition des Begriffs scheitern müsste**:

Was genau soll „antimuslimischer Rassismus“ eigentlich sein? Kritik an politischen Ausprägungen des Islam? Ablehnung von Paralleljustiz, Ehrenmordkultur oder Geschlechtertrennung? Oder reicht schon die Forderung, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen islamistische Einflüsse zu verteidigen? Der Zeitpunkt für diese Debatte ist an Zynismus kaum zu überbieten: **Berlin erlebt aktuell einen neuen Höchststand antisemitischer Straftaten** – begangen überwiegend durch Täter aus dem linken und islamistischen Spektrum.

Schon im Jahr 2023 war die statistische Wahrscheinlichkeit, als Jude in Berlin Opfer eines Angriffs zu werden, **über 200-mal höher** als für Muslime.

Gleichzeitig sehen wir in unseren Städten **tägliche Messerattacken, Gruppenvergewaltigungen und massive Übergriffe im öffentlichen Raum** – insbesondere gegen Frauen und Mädchen.

Der Täterkreis ist dabei **überproportional jung, männlich und muslimisch**.

Und was tun die etablierten Parteien?

Sie streiten sich nicht etwa darüber, wie man unsere Gesellschaft schützt – sondern **darüber, wann endlich ein Gedenktag für Muslime eingeführt werden kann**.



Währenddessen fordern islamische Verbände immer neue Sonderrechte:

- Kein Schweinefleisch mehr in Kitas
- Geschlechtertrennung an Hochschulen
- Extra-Schwimmzeiten für Frauen
- Kopftuch-Kampagnen in der Verwaltung
- Und zuletzt: **die offene Ausrufung des Kalifats mitten in Berlin**

Diese Entwicklung richtet sich **nicht nur gegen unsere freiheitliche Gesellschaft, sondern auch gegen die vielen säkularen, integrationswilligen Muslime**, die mit diesen Radikalisierungen nichts zu tun haben – und deren Stimme in der Öffentlichkeit konsequent ignoriert wird.

Statt diese gefährliche Entwicklung zu benennen und zu stoppen, setzen Linke, SPD, Grüne und mittlerweile auch die CDU **noch einen drauf**: Ein Gedenktag, neue Sonderbeauftragte, spezielle Programme – als ob die bestehenden Antidiskri-

minierungsstellen plötzlich nicht mehr gut genug wären.

Was ist denn so besonders an Diskriminierung gegen Muslime, dass sie angeblich **mehr zählt als jede andere Form von Benachteiligung**? Oder ist das alles nur der nächste Versuch, **sich eigene Parallelstrukturen zu schaffen**, weil man sich gar nicht integrieren, sondern **Sonderstatus beanspruchen** will?

Fakt ist: Diese Anträge sprechen nicht für die Mehrheit der friedlichen Muslime in Berlin. Im Gegenteil: **Sie spalten die Gesellschaft – und verschärfen bewusst die Lagerbildung**.

Wenn überhaupt ein Gedenktag – **dann für alle, die von Diskriminierung betroffen sind**.

Und noch ein Wort zur Begriffsgeschichte:

Der Ausdruck „antimuslimischer Rassismus“ stammt **ursprünglich aus dem Umfeld des iranischen Regimes** – mit dem Ziel, **jede Form von Islamkritik als rassistisch abzustempeln und mundtot zu machen**. Dass sich deutsche Parteien diesen Kampfbegriff kritiklos zu eigen machen, ist ein Skandal für sich.

Und die CDU? Die lässt sich einmal mehr **willig vor den Karren spannen**, um bloß nicht anzuecken. **Das „C“ im Parteinamen?** Können sie sich gleich in einen **Halbmond umdrehen** – der politische Kotau ist längst vollzogen.

Wir sagen klar:

***Ja zu Religionsfreiheit.
Ja zu Meinungsfreiheit.
Ja zu echter Gleichbehandlung.
Aber nein zu Sonderrechten, Doppelmoral und politischem Islam unter dem Deckmantel des Antirassismus.***

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle gleich sind – aber niemand über dem Gesetz steht.

Jeannette Auricht



Jeannette Auricht MdA

Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Hellersdorf
Telefon: 030 / 76239809
Email: auricht@afd-fraktion.berlin
Internet: www.jeannette-auricht.de
Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.



Unser direkt gewählter Abgeordneter: **Gunnar Lindemann** BVG spart Schienenersatzverkehr im Herzen von Marzahn Nord einfach ein



Wegen wochenlanger Bauarbeiten war der Tramverkehr in Marzahn-Nord eingestellt. Die Haltestelle Niemegker Straße wurde allerdings auch vom Ersatzverkehr nicht angefahren. In der Vergangenheit war das anders, da setzte die BVG hierfür Großraumtaxen ein. In der Beantwortung auf meine diesbezügliche Anfrage (Drucksache 19/22 561) flüchtet die BVG sich in Ausreden. Die Straßen seien „zu eng“ und es würde kein Bedarf bestehen. Alles Blödsinn. Die Straßen sind seit dem letzten Schienenersatzverkehr nicht verändert wor-



den und der Bedarf ist natürlich vorhanden. Allein schon wegen des Eichen - Einkaufszentrums, das direkt

neben der Haltestelle liegt. Von den vielen Anwohnern, die täglich zur Arbeit fahren, ganz zu schweigen. Auch Senioren, Gehbehinderte und Schwangere mussten fast einen Kilometer laufen. Die Wahrheit ist: Die BVG spart zum Nachteil ihrer Kunden, anstatt die vertraglich geschuldete Leistung zu erbringen. Sie können sich sicher sein, dass ich dies weiterhin aufmerksam im Abgeordnetenhaus für Sie verfolge. Der nächste Ersatzverkehr kommt bestimmt..

Gunnar Lindemann

Städtepartnerschaft Marzahn Hellersdorf mit Minsk Oktabriski

Kürzlich habe ich die belarussische Hauptstadt Minsk besucht. Ein wichtiges Anliegen war mir dabei die über 30 Jahre bestehende Städtepartnerschaft zwischen Minsk-Oktabriski und Marzahn-Hellersdorf, die vor einem Jahr still und leise vom CDU geführten Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf unter dem Beifall von SPD und Linke einseitig gekündigt wurde. Daher habe ich mich mit der Vorsitzenden der belarussischen Vereinigung für Freundschaft und kulturellen Austausch, Frau Nina Iwanowa, getroffen. Auch sie ist tief bestürzt über die einseitige Kündigung dieser wichtigen Städtepartnerschaft. In Marzahn-Hellersdorf leben sehr viele Russland-deutsche, für die diese Kultur-, Sport- und Schüleraustausche immer ein wichtiges Anliegen waren. Auch mir sind Austausch und Völkerverständigung wichtig. Deshalb hatte mich

Woldemar Ewald vom Freundschaftsverein auf der Reise begleitet. Ich setze mich dafür ein, die Kontakte und Gesprächskanäle offen zu halten und diese Städtepartnerschaft wieder zu beleben. Nach den Berliner Wahlen im kommenden Jahr wird es auch im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf andere

politische Mehrheiten geben. Neben Frau Iwanowa haben wir noch einige Vertreter der Liberaldemokratischen Partei Belarus (LDPD) getroffen, um mit ihnen über die Städtepartnerschaft zu sprechen. Die LDPB-Vertreter im Bezirksparlament

wollen sich in Minsk-Oktabriski ebenfalls für die Wiederbelebung der Städtepartnerschaft einsetzen. Für den Herbst haben wir weitere Gespräche, auch mit Vertretern der Stadtverwaltung von Minsk-Oktabriski, vereinbart.

Gunnar Lindemann



RECHT UND GESETZ UMSETZEN!



dung der öffentlichen Sicherheit notwendig sind.

„Wie soll diese Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden, wenn es überhaupt keine Abschiebehaftplätze gibt?“, fragt Lindemann. Es werde von der AfD-Hauptstadtfraktion sehr genau beobachtet werden, ob der Senat beim Thema Abschiebung zu Recht und Gesetz zurückfindet, oder ob es unter der CDU-Führung ein „Weiter so“ auf Kosten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geben wird.

Gunnar Lindemann

Und so sieht das konkret aus:

Die Fraktion der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus hat einen Antrag eingebracht, in dem der Senat aufgefordert wird, die notwendigen Kapazitäten für eine rechtskonforme Abschiebehafteinrichtung im Land Berlin wiederherzustellen.

Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Gunnar Lindemann, teilt hierzu mit:

„Gegenwärtig verfügt das Land Berlin über keinerlei Abschiebehaftplätze.“ Selbst, wenn die Abschiebehafteinrichtung am Kirchhainer Damm im November 2025 fertig saniert sein sollte, ist es mehr als fraglich, ob die dort verfügbaren zehn Haftplätze ausreichend sind.

„Unter den gegenwärtigen Umständen stellt sich die Frage, ob der CDU-geführte Senat überhaupt abschieben will“, so Lindemann weiter. Im Koalitionsvertrag hatten sich CDU und SPD darauf verständigt, Abschiebehafteinrichtungen nur dort zu nutzen, wo diese Maßnahmen wegen der Gefähr-

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Antrag der AfD-Fraktion

Wiederherstellung rechtskonformer Abschiebehaftkapazitäten im Land Berlin

**Drucksache
19/2506**

17.06.2025

Hier finden Sie das
vollständige Dokument:



Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die notwendigen Kapazitäten für eine rechtskonforme Abschiebungshaft in Berlin wiederherzustellen und deutlich zu erhöhen. Es ist sicherzustellen, dass Personen, die zur Rückführung bestimmt sind, nicht untertauchen können und Abschiebungen effektiv durchgeführt werden.
2. Bis zur Umsetzung der notwendigen Abschiebungshaftkapazitäten sind wirksame Kooperationsvereinbarungen mit anderen Bundesländern zu schließen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2025 über die Umsetzung zu berichten.

Gunnar N. Lindemann Mda

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Marzahn.

Telefon: 030 / 52686873

Email: afd.buero.lindemann@gmail.com

Internet: www.gunnar-lindemann.de

Sprechstunden nach vorheriger Vereinbarung.

Jeden Montag um 18 Uhr Online-Sprechstunde auf YouTube. Scannen Sie den QR-Code, der Sie zum YouTube Kanal führt. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



BLAUER BOTE Marzahn - Hellersdorf



Unsere Fraktion in der BVV

Wohnraumverdichtung in Marzahn-Hellersdorf

Die Großsiedlungen in unserem Bezirk wurden in den 1980er Jahren unter Berücksichtigung einer hohen Wohn- und Lebensqualität angelegt.

Es wurde großzügig gebaut mit vielen grünen Freiflächen, ausreichend Park-

tigt.

Bedingt durch den grassierenden Wohnraummangel werden diese gewachsenen Strukturen seit Jahren nach und nach zerstört. Überall, wo es irgendwie geht, werden Freiflächen zugestrichelt und die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigt. Auf eine ausreichende Nahversorgung, auf genug Parkraum und auf die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen wird wenig oder gar keine Rücksicht genommen.

Die AfD-Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf stellt sich dieser unintelligenten, nur auf Profit ausgerichteten und für alle Beteiligten nachteiligen Entwicklung entgegen. Intelligente Stadtplanung bedeutet eben nicht, irgendwo mal eben etwas zu bauen.

Intelligente Stadtplanung bedeutet, gewachsene Strukturen zu erhalten und Neubauten dort zu planen, wo diese Strukturen eben nicht zerstört werden. In jedem Fall ist bei Neubauprojekten darauf zu achten, dass keine Verschattung von vorhandenem Wohnraum stattfindet, dass die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und die ärztliche Versorgung gewährleistet sind. Ausreichender Parkraum ist in die Planungen ebenso einzubeziehen, wie die ausreichende Bereitstellung von Kita- und Schulplätzen.

Wir stehen an der Seite aller betroffenen Anwohner und werden sie im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten unterstützen.

Für ein auch morgen noch lebenswertes Marzahn-Hellersdorf.

Martin Koblichke



FÜR EINE INTELLIGENTE STADTPLANUNG!

GEGEN EXZESSIVE WOHNRAUMVERDICHTUNG



plätzen, schnell und bequem zu erreichenden Nahversorgungszentren. Auch Sichtachsen und Luftschneisen wurden bei den Planungen berücksich-

Einkaufswagen auf öffentlichem Straßenland

In der letzten Zeit erreichten uns zahlreiche Beschwerden von Anwohnern, überwiegend aus dem Umfeld der Asylunterkunft in der Rudolf-Leonhard-Straße, dass Einkaufswagen von umliegenden Handelsketten vor der Unterkunft und auch auf öffentlichem Straßenland in großer Anzahl abgestellt werden.

Es hat sich bei den Bewohnern der Asylunterkunft offenbar noch nicht herumgesprochen, dass die Einkaufswagen Eigentum der Handelsketten sind und nur dem Einkauf im Supermarkt dienen. Für den Transport von Waren innerhalb des Bezirks sind sie jedenfalls nicht vorgesehen. Wer diese



Wagen, die einen Stückpreis von über 100 € haben, von dem Gelände der Supermärkte entfernt und nicht zurückbringt, begeht offensichtlichen Diebstahl. Zudem führt diese Zweck-

entfremdung dazu, dass den Kunden, gerade zu Stoßzeiten, zu wenig Einkaufswagen zur Verfügung stehen. Und letzten Endes wirkt sich eine Neubeschaffung auch auf die Lebensmittelpreise in den Geschäften aus.

Der Betreiber der Asylunterkunft scheint sich für diese Missstände nicht zuständig zu fühlen, obwohl direkt am Eingang der Unterkunft eine große Anzahl von Einkaufswagen abgestellt ist.

Wir werden uns dieser Sache sowohl im Abgeordnetenhaus, als auch in der Bezirksverordnetenversammlung annehmen.

Martin Koblichke

Impressum Lokalteil:
AfD Alternative für Deutschland
Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf
Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin
marzahn-hellersdorf@afd.berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22
Handy: +49 (0) 157 864 22 444
V.i.S.d.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay



Fraktion der AfD in der BVV von
Marzahn-Hellersdorf
Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin
email@afd-fraktion-mahe.de
Telefon: 030 90293 5832



BLAUER BOTE Marzahn - Hellersdorf

